

Was die allgemeine Lage im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe betrifft, so kann nicht bestritten werden, daß in verschiedenen Städten sogar eine Hochkonjunktur herrscht, sodaß dort keine oder kaum noch Arbeitslose vorhanden sind, z. B. Hamburg, Hannover und Frankfurt. (Es wird sogar über das Weg-Engagieren von Arbeitsträften geklagt, selbst aus Berlin.) Eine mehr oder minder fühlbare Belebung ist allenthalben eingetreten. Außerdem stehen die Wahlen vor der Tür, sodaß mit einem Abflauen der Geschäftslage vorerst noch nicht zu rechnen sein dürfte. Die Besserung der Konjunktur paßt natürlich der Arbeitnehmerschaft im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe sehr für ihre Bestrebungen, und die scharfmacherische Sprache der linksstehenden Blätter ist daher verständlich.

Absplittierungen vom Deutschen Buchdrucker-Verein. — Bereits vor mehreren Jahren hatte sich eine Absplittierung vom Deutschen Buchdrucker-Verein vollzogen, die ihren Sitz zunächst in Weimar und später in Briesg. Schles. hatte und unter dem Namen »Provinzvereinigung« bekannt geworden ist. Die Gründe der Absplittierung waren damals sowohl auf lohn- wie auf preistariflichem Gebiete zu suchen. In neuester Zeit hat sich in Schlesien eine etwa 200 Mann starke Interessengemeinschaft gebildet, die innerhalb des Deutschen Buchdrucker-Vereins das Ziel erstrebt, die zentrale Lohnregelung abzuschaffen und dafür eine regionale einzuführen. Außerdem wird die Umgestaltung des Hilfsarbeitertarifs und die Nichteinbeziehung der Lehrlinge in den Tarifvertrag erstrebt. Das gleiche Programm entwickelt ein Ende Januar d. J. in Pommern gegründeter Bund der Buchdruckereibesitzer, der aber außerhalb des Deutschen Buchdrucker-Vereins steht und der von Herrn Landtagsabgeordneten Graef-Anklam geleitet wird. Dieser Bund hatte zum 23. März zu einer Frühjahrs-tagung der Provinz-Buchdrucker und -Zeitungsverleger nach Berlin eingeladen. Die gutbesuchte Tagung, an der auch leitende Personen des Deutschen Buchdrucker-Vereins teilnahmen, fand in einem Saale des Preussischen Landtages statt. Das Referat über die »Notwendigkeit und praktische Durchführung eines regionalen Lohntarifs« hielt Herr Abgeordneter Graef-Anklam, der dem Deutschen Buchdrucker-Verein vorhielt, daß er sich der zentralen Lohnregelung untergeordnet hätte, während fast allgemein die regionale Lohnfestsetzung verlangt werde. Der Redner schilderte dann die Schwierigkeiten, mit denen die Provinzverleger und Provinzbuchdrucker im Produktionsprozeß zu rechnen hätten. Er beschwerte sich über die zu hohen Löhne im Vergleich zu anderen Gewerben und über die Konkurrenz der Großstädte, die der Provinz die Druckaufträge wegnähmen. Kritik übte Herr Graef u. a. auch am Hilfsarbeitertarif und an den für das Buchdruckgewerbe (durch Schiedsspruch) festgesetzten Kostgeldern und Ferien der Lehrlinge.

Gegen Herrn Graef wandte sich in längerer Rede Herr Verleger und Buchdruckereibesitzer Zickfeldt aus Osterwied. Er empfahl, innerhalb des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Verwirklichung der besonderen Wünsche der Provinz zu erstreben. Wolle man einig arbeiten und eine geschlossene Einheit bilden, dann müsse die Stosskraft des Deutschen Buchdrucker-Vereins gestärkt werden. Der Hilfsarbeitertarif habe für die Arbeitgeber doch mancherlei Vorteile gebracht, daselbe müsse hinsichtlich der Neuregelung der Ortszuschläge gesagt werden. Gegen die Einbeziehung der Lehrlinge in den Tarifvertrag habe die Prinzipalität sich ganz energisch gewehrt, der Erfolg sei aber durch den bekannten Schiedsspruch vereitelt worden. Die Zersplitterung in den Kreisen der Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger trage nur dazu bei, die Schwierigkeiten bei Lohnverhandlungen usw. mit den Arbeitnehmern noch zu vermehren. In der sehr ausgedehnten Aussprache, an welcher sich wohl etwa 10 Herren beteiligten, wurde teils für, teils gegen den Deutschen Buchdrucker-Verein Stellung genommen. Das Ergebnis dieser Aussprache ist in nachstehender Entscheidung zu erblicken, die mit Stimmenmehrheit angenommen wurde:

»Die am 23. März 1924 in Berlin abgehaltene Frühjahrs-tagung der Provinz-Buchdrucker und -Zeitungsverleger spricht ihr Befremden darüber aus, daß es bei dem letzten Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe wiederum zum Abschluß eines zentralen Lohntarifs gekommen ist, trotzdem der Schiedsspruch des ministeriellen Schlichtungsausschusses zugunsten einer regionalen Tarifregelung entschieden hat. Die Provinz-Verleger und -Buchdruckereibesitzer wollen die tarifliche Lohnfestsetzung, aber auf Grund der in den Provinzbetrieben obwaltenden Produktionsmöglichkeiten der einzelnen Tarifkreise. Das Buchdruck- und Zeitungsgewerbe, das lange Jahre hindurch schwer danieder gelegen hat und vielfach noch jetzt daniederliegt, zählt in den

meisten Provinzorten Löhne, die weit über der Lohnhöhe der anderen gewerblichen Betriebe liegen. Dieser Zustand ist unhaltbar und kann nur durch den regionalen Tarifabschluß geändert werden.«

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden die »Grenzen des Preisabbaus im Zeitungsgewerbe« erörtert. Nach einem Vortrag über die »Bedeutung des Radiodienstes für die Provinzpresse« und die »Wipro« (Wirtschaftsstelle der Provinzpresse) wurde die Tagung nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Von der Deutschen Reichspost. — Das Amtsblatt des Reichspostministeriums vom 1. April enthält folgende Bekanntmachung:

»Berlin, den 27. März 1924.

Am 1. April 1924 tritt das Reichspostfinanzgesetz in Kraft. Damit beginnt ein neuer Abschnitt in der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Reichspost. Bereits seit Mitte November 1923 ist die Reichspost- und Telegraphenverwaltung in der Bewirtschaftung ihres Haushalts ganz auf sich selbst gestellt. Die Herstellung und Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben bedingte harte Sparmaßnahmen und auch Opfer seitens der Beamtenschaft. Durch das neue Gesetz wird nun die Deutsche Reichspost rechtlich in die Lage versetzt, alle wesentlichen Belange, insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschaftsführung, durch ein eigenes Organ, den Verwaltungsrat, selbst zu regeln. Die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und die Reichsregierung haben der Beamtenschaft durch die Beteiligung des Personals mit sieben stimmberechtigten Mitgliedern an dem Verwaltungsrat und auch durch die Verabschiedung des Gesetzes selbst ein hoch einzuschätzendes Vertrauen entgegengebracht und die Zuversicht bekundet, daß es der Leitung sowohl wie den Beamten des Betriebs und der Verwaltung gelingen wird, das Unternehmen auf die frühere Höhe der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit zu führen. Jetzt gilt es, das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen! Eine hohe Pflicht aller Angehörigen der Deutschen Reichspost ist es, durch verständnisvolle Zusammenarbeit mit der bewährten Hingabe zur Erreichung der Ziele des Reichspostfinanzgesetzes mitzuwirken. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben und die Deutsche Reichspost in altem Glanze und in dem früheren weltbekannten Rufe eines Musterbetriebs wiedererstehen. In diesem Sinne:

Aus Werk, Kameraden! Zum Wohle des geliebten Vaterlandes!
Der Reichspostminister. Dr. Höfle.

Weimarer Kulturrat. — Was der Berliner Goethebund vergeblich angestrebt hat, das scheint sich in breiterem Rahmen in der thüringischen Landeshauptstadt verwirklichen zu sollen: die Schaffung einer unparteiischen Zentralstelle für Fragen geistiger Kultur und künstlerischen Geschmacks. Führende Vertreter der Literatur, bildenden Kunst, Musik und Architektur in Weimar, den verschiedensten Richtungen angehörend, so »Lürmer« und »Bauhaus« in friedlichem Nebeneinander, haben im Schillerhaus den »Weimarer Kulturrat« gegründet. Mit der Geschäftsführung wurden Prof. Friedrich Lienhard, Dr. Heinrich Lilienfeld und Johannes Schlaf betraut.

Kant-Feier in Königsberg. — Zur Gedächtnisfeier für Immanuel Kant, zu der von Universität und Stadt Königsberg für die Tage vom 19. bis 23. April Einladungen ergangen sind, sind bereits Vertreter fast aller deutschen Universitäten und Akademien sowie der schwedischen Universitäten Lund, Upsala und Göttingen, ferner von Helsingfors und Abo in Finnland, von Kopenhagen und Oxford und selbst von Amerika angemeldet.

Die Deutschen auf dem Internationalen Philosophischen Kongress in Neapel. — Auf dem 5. Philosophischen Kongress in Neapel, der vom 5. bis 9. Mai stattfindet und bekanntlich mit einer internationalen Ausstellung der neueren philosophischen Literatur verbunden ist (Ausführliches darüber im Wbl. Nr. 61), werden von deutschen Gelehrten sprechen: Prof. Dr. Artur Liebert (Berlin) über Kant, Prof. Dr. Hans Driesch (Leipzig) über »Die Philosophie des Organischen« und Prof. Albert Einstein (Berlin), Thema noch nicht bekannt. In der Festrede soll des 650. Geburtstags des St. Thomas, eines der berühmtesten philosophischen Lehrer der Universität Neapel, gedacht werden. Mit dieser Festrede ist der hervorragende, auch in Deutschland in bestem Ansehen stehende und sehr geschätzte Vater Prof. Dr. Agostino Gemelli, der Rektor der Universität Mailand, betraut worden. Der Besuch des Kongresses verspricht dank der hervorragenden und energischen Tätigkeit der beiden Hauptleiter, Prof. Aliotta und Prof. Guido Bella Valle, des her-